

Arbeiten auf „Gorch Fock“ im Zeitplan

Berne. Nach jahrelangen Verzögerungen und Kostensteigerungen kommt die Sanierung des Marineschulsschiffs „Gorch Fock“ laut Bundeswehr voran. Die Marine erwarte ihr Segelschiff wie angekündigt Ende Mai 2021 zurück, sagte ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums in Berlin. Die geltende Kostenobergrenze von 135 Millionen Euro werde „nach derzeitiger Bewertung“ eingehalten, sagte er der Deutschen Presse-Agentur. Im Juni seien der Bark auf der Lürssen-Werft in Berne an der Unterweser die drei neuen Masten gesetzt worden.

Zu Beginn der Generalüberholung im Dezember 2015 waren Ausgaben von knapp 10 Millionen Euro geplant. Doch die 62 Jahre alte „Gorch Fock“ war maroder als erwartet, die Kosten stiegen. Zum finanziellen Desaster trugen windige Geschäfte des Generalauftragnehmers bei, der mittlerweile insolventen Elsflither Werft. Die frühere Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) segnete die Steigerungen ab, was sie politisch in Bedrängnis brachte.

Während die Arbeiten auf dem unter einer Plane geschützten Schiff vorangehen, sucht die Insolvenzverwaltung der Elsflither Werft nach den verschwundenen Millionen. Die Staatsanwaltschaft Osnabrück ermittelt gegen mehrere Personen wegen Untreue und Korruption.



Unter Planen: Das Segelschulsschiff „Gorch Fock“ in der Lürssen-Werft. FOTO: SINA SCHULDT/DPA

IN KÜRZE

Corona-Ausbruch in Studentenzellerfeld

Clausthal-Zellerfeld. In einem Studentenwohnheim in Clausthal-Zellerfeld (Kreis Goslar) sind fünf Bewohner positiv auf das Coronavirus getestet worden. Das teilte der Landkreis am Donnerstag mit. Das gesamte Haus mit 55 Einzelapartments wurde unter Quarantäne gestellt. Getestet worden waren zunächst 15 Menschen. Die übrigen Bewohner sowie alle noch zu ermittelnden Kontaktpersonen sollen am Freitag untersucht werden.

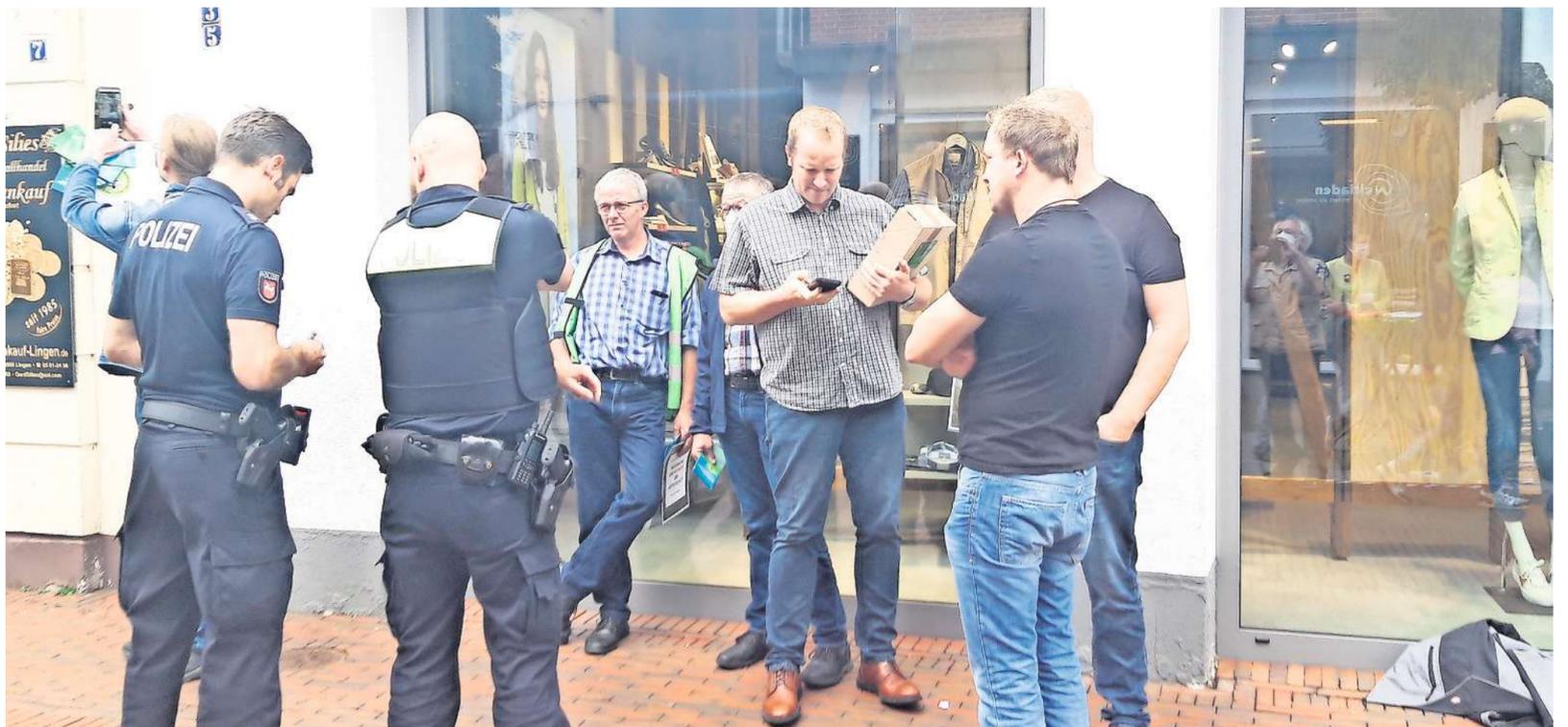
Baumschwebbahn im Harz eröffnet

Bad Harzburg. Gäste und Touristen des Harzes können ab August die Region aus einer neuen Perspektive entdecken: Vom knapp 500 Meter hohen Burgberg können sie dann mit einer Baumschwebbahn ins Tal fahren. Die 1000 Meter lange Anlage bei Bad Harzburg (Kreis Goslar) soll am Sonnabend in Betrieb genommen werden, offiziell eröffnet wurde sie bereits am Donnerstag. Man treffe die letzten Vorbereitungen und freue sich auf die Gäste am Wochenende, sagte Projektsprecherin Eva Ronkainen-Kolb.

GEWINNZAHLEN

Gewinnquoten	
31. Veranstaltung	
Lotto am Mittwoch	
Klasse 1: unbesetzt Jp.: 14 285 780,10 €	
Klasse 2: 1-mal	3 452 009,60 €
Klasse 3: 54-mal	8247,30 €
Klasse 4: 260-mal	5138,70 €
Klasse 5: 2108-mal	211,20 €
Klasse 6: 15 412-mal	57,70 €
Klasse 7: 41 163-mal	21,60 €
Klasse 8: 307 271-mal	13,00 €
Klasse 9: 340 237-mal	5,00 €

Keno
Gewinnzahlen: 2, 4, 7, 18, 19, 23, 26, 30, 31, 33, 35, 37, 40, 46, 51, 53, 61, 62, 65, 66
Plus 5: 9, 5, 6, 5, 2 OHNE GEWÄHR



Volksbegehren oder Niedersächsischer Weg? Hier beendet die Polizei eine Protestaktion von Bauern gegen das Volksbegehren Artenvielfalt in Lingen. FOTO: NABU EMSLAND-SÜD

Wer spielt hier falsch?

Überall in den Fußgängerzonen sammeln Naturschützer Unterschriften für ein Volksbegehren zur Artenvielfalt. Mit den Bauern haben sie zugleich andere Verabredungen – und die werden nun rabiat

Von Bert Strebe

Hannover. Irgendwann kippte die Stimmung. Ganz wohl fühlte sich Bernward Rusche vom Naturschutzbund (Nabu) Emsland-Süd schon die ganze Zeit nicht. Da stand er mit seinen fünf Mitstreitern am Rand des Lingerer Wochenmarkts, um Unterschriften für das Volksbegehren Artenvielfalt zu sammeln. Dem Grüppchen gegenüber standen 15 Landwirte, die gegen das Volksbegehren waren und diskutieren wollten – mit den Naturschützern und mit den Bürgern, die wie durch ein Spalier laufen mussten. Die Unterschriftensammler kamen mit einem Herrn ins Gespräch, der unterschreiben wollte. In dem Moment, erzählt Rusche, sei ein Bauer auf den Mann zugestürzt und habe gerufen: „Das ist alles gelogen! Der Nabu lügt!“ Da wurde es Rusche zu bunt.

Infostände locken Landwirte an Land auf, landab sammeln sie derzeit Unterschriften, die 170 Organisationen, die das Volksbegehren Artenvielfalt in Niedersachsen tragen. Und landauf, landab werden die Infostände von Landwirten besucht, die – je nach Lesart – diskutieren oder stören wollen. Jedenfalls wollen sie die Bürger vom Unterschreiben abhalten, wie beispielsweise das Bauernbündnis Land schafft Verbindung auf seiner Facebook-Seite verkündet.

Dergleichen hat inzwischen öfter zu Polizeieinsätzen geführt. Als Rusche in Lingen die Hutschnur riss, holte er die Ordnungshüter, die die Bauern vom Infostand wegbeorderten. Die Stimmung ist gereizt, wo auch immer man hinschaut.

Das Volksbegehren für Artenvielfalt in Niedersachsen, initiiert von den Grünen, dem Nabu und dem Imkerbund, ist ein Versuch, den Artenschwund zu stoppen – nachdem jahrzehntelange Versuche, auf konventionellem politischen Weg eine Änderung zu erreichen, nicht gefruchtet haben. Die Hälfte der 11 000 heimischen Tier- und Pflanzenarten sei mittlerweile in Gefahr, sagen die Verbände, vor allem durch landwirtschaftliche Übernutzung. 62 Prozent der Wildbienenarten seien vom Aussterben bedroht.

Volksbegehren gegen Pestizide

Um diese Entwicklung zu stoppen, brauche man unter anderem breite Blühstreifen an Feldrändern und mehr Biotope, weniger Pestizide und einen naturnahen Wald. In einem Gesetzesentwurf der Initiative finden sich deswegen beispielsweise Verbote von Pflanzengiften und Quoten für den Ökolandbau.

Die Landesregierung (vor allem in Gestalt von Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast von der CDU und Umweltminister Olaf Lies von der SPD) und die Bauernver-



Prost mit Milch: Umweltminister Olaf Lies (SPD, von links), Ministerpräsident Stephan Weil (SPD), BUND-Vorsitzender Heiner Baumgarten, Landvolk-Vize Holger Hennies, Nabu-Chef Holger Buschmann, Landwirtschaftskammerpräsident Gerhard Schwetje und Agrarministerin Barbara Otte-Kinast (CDU) bei der Verkündung des „Niedersächsischen Wegs“. FOTO: JULIAN STRATENSCHULTE/DPA



Zweigleisiges Vorgehen: Auch bei der Präsentation des Volksbegehrens Artenvielfalt mit Hans-Joachim Janßen (links) und Anne Kura von den Grünen ist Nabu-Chef Holger Buschmann dabei. FOTO: PETER STEFFEN/DPA

bände möchten das Volksbegehren verhindern, weil sie weniger Einfluss auf die Ausgestaltung der Naturschutzgesetze hätten. Deswegen haben sie den Niedersächsischen Weg erfunden: Sie vereinbarten mit den Umweltverbänden einen Dialog, der zu Gesetzen führen soll, in denen breitere Ackerrandstreifen, Schutz für Grünland und Einschränkungen bei Düngung und Pestiziden vorgesehen sind, allerdings nicht so rigide wie im Volksbegehren.

Ärger hinter den Kulissen

Dass von der Einigkeit beim Niedersächsischen Weg, mit großer Geste im Mai verkündet, nicht mehr viel zu spüren ist, liegt offenbar an einem taktischen Spiel vor allem der Umweltverbände – aber auch an der offenbar immer rabiaten Vorgehensweise einiger Bauern gegen das Volksbegehren.

Auch die Waldbesitzer fühlen sich übergangen. Die Waldwirtschaft sei bislang beim Niedersächsischen Weg nicht ins Boot geholt worden, sagte am Donnerstag Dirk Schäfer von der Niedersächsischen Allianz für Wald- und Forstwirtschaft. Die Forstwirte ärgere, dass etwa die Anpflanzung nichteuropäischer Bäume nur in Ausnahmefällen erlaubt sein soll – dabei hätten Waldbesitzer seit Jahrzehnten positive Erfahrungen mit Baumarten aus Nordamerika gemacht.

Der Nabu und auch der Umweltverband BUND tanzen auf zwei Hochzeiten: Sie arbeiten beim Niedersächsischen Weg mit, der das

ersten Gesetzesentwürfe für den Niedersächsischen Weg vorliegen, Anfang 2021 seien sie verabschiedungsreif. Buschmann sagt, sobald die Gesetze eingebracht seien, würde der Nabu aufs Volksbegehren verzichten. Allerdings nur der Nabu. Was die anderen Träger machen, könne er nicht sagen.

Die Bauernverbände jedenfalls reagieren sauer auf die Doppelstrategie: „Das ist, als ob man sich verlobt und trotzdem noch weiter sucht“, zürnt Holger Hennies, einer der Vorsitzenden des Landvolks Hannover und Vizepräsident des Landvolks Niedersachsen. Das Volksbegehren könne nur ein Ja oder Nein, es komme aber auf ein Miteinander der Naturschützer und der Landwirte vor Ort an, sonst werde das nichts. Außerdem müsse man dafür sorgen, dass die Bauern keinen wirtschaftlichen Schaden erleiden.

Kritik an „Scheinverbesserung“

Kritik an dem zweigleisigen Vorgehen von Buschmann gibt es nicht nur vonseiten der Landwirte, sondern auch aus der Ecke der Naturschützer. Manfred Knake vom Wattenrat, einer kleinen Naturschutzgruppe an der Küste, kritisiert, den Nabu als „Umweltkonzern“ und „vom Land abhängig“. Zudem: Vieles, was im Niedersächsischen Weg stehe, bestehe aus „Scheinverbesserungen“, etwa ein geplanter Biotopverbund auf 15 Prozent der Landesfläche. Dabei seien auch Landschaftsschutzgebiete anrechenbar, die schon 20 Prozent der Landesfläche ausmachten.

Auch die Träger des Volksbegehrens kritisieren den Niedersächsischen Weg als „reine Absichtserklärung“. Streng genommen kritisieren damit die an der Kooperation beteiligten Verbände Nabu und BUND aber sich selbst. Auf der anderen Seite aber läuft offenbar die Kritik der Bauern an dem Volksbegehren inzwischen immer öfter aus dem Ruder, nicht nur in Lingen.

Werner Küppers fährt derzeit mit einem Omnibus zum Unterschriftensammeln für das Volksbegehren

durch Niedersachsen, seine Organisation ist kein Umweltverband, sondern heißt „Omnibus für direkte Demokratie“. Sie setzt sich seit 1987 für Volksentscheide ein, mit dem Nabu hat sie nichts zu tun. Küppers fährt den Bus seit 20 Jahren, und er sagt, so etwas wie dieser Tage in Oldenburg, Wilhelmshaven oder Vechta habe er noch nie erlebt.

Blockade mit Traktoren

Da waren Landwirte, die sich in Gesprächen mit Bürgern einmischten und sie vom Unterschreiben abhielten. Landwirte, die sich mit Traktoren vor den Bus stellten. Landwirte, die Passanten erzählten, wenn das Volksbegehren durchkomme, gebe es nur noch Lebensmittel aus dem Ausland. „Niedrigstes Niveau“, sagt Küppers, und er verwendet die Begriffe „Lümmel“ und „Flegel“ für die Bauern, die Menschen bedrängen. Das sei so, als würden im Wahlkampf SPD-Vertreter zu einem CDU-Stand gehen und dort die Leute daran hindern, sich zu informieren.

Die Bauern verteidigen ihr Vorgehen. Karl-Friedrich Meyer, Vorsitzender des Bauernverbands Weserbergland, berichtet von einem Nabu-Stand in Hameln, an dem acht Landwirte aufgetaucht seien, um den Bürgern „die ganze Wahrheit“ zu sagen: dass nämlich der Niedersächsischen Weg besser sei als das Volksbegehren. „Die Leute wissen das nicht.“

Meyer findet es empörend, dass die Naturschützer die Polizei gerufen haben und die Landwirte von den Beamten verdonnert wurden, Abstand zu halten.

Es scheint eine schwierige Gemengelage zu sein. Die Landwirte reden von Artenschutz, aber viele Umweltschützer glauben ihnen nicht mehr, weil zuvor über Jahrzehnte wenig passiert ist. Die Bauern, die auch auf ihre Familien sehen, merken zugleich, dass ihre Position in der Gesellschaft schwieriger wird, und reagieren mit Zorn. „Die Bauern“, sagt Küppers vom Demokratie-Omnibus, „haben Panik.“

So läuft das Volksbegehren Artenvielfalt

Das niedersächsische Volksbegehren Artenvielfalt hat ein Vorbild: Anfang 2019 startete das Volksbegehren Artenvielfalt & Naturschönheit in Bayern – mit dem Ziel konkreter Gesetzesänderungen zugunsten von Grünlandschutz, Pflanzengiftverboten und mehr Ökolandbau. 25 000 Menschen hätten den Zulassungsantrag unterschreiben müssen, tatsächlich unterschrieben fast 95 000. Damit war das Verfahren

gestartet, danach mussten sich wahlberechtigte Unterschriften für das Begehren in Listen eintragen. 10 Prozent des Wahlvolks wären nötig gewesen, etwa 950 000 Menschen – es wurden mehr als 1,7 Millionen.

Auch in Niedersachsen müsste die Initiative für das Artenvielfalt-Volksbegehren – sie besteht aus 170 Organisationen, darunter die Grünen, aber auch der Heimatbund und Fridays

for Future – bis November 25 000 Unterschriften sammeln.

Im Juni wurde damit begonnen, Listen liegen in Organisationen und Geschäften aus, wo genau, kann man auf www.artenvielfalt-niedersachsen.jetzt erfahren. In Niedersachsen müssten dann ebenfalls 10 Prozent der Wahlberechtigten für die Inhalte des Begehrens stimmen, das wären 610 000 Bürger.

Kommen sie zusammen, würde der Gesetzesentwurf der Initiative im Landtag behandelt werden. Tut der Landtag das nicht, folgt ein Volksentscheid.

In Bayern wurde das Begehren vom Landtag eins zu eins übernommen, ein Volksentscheid war nicht mehr nötig. Bereits am 1. August 2019 traten die ersten Änderungen des bayerischen Naturschutzgesetzes in Kraft. str